



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen von
Junger DBSH Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.**

1. In der Sozialen Arbeit herrscht ein Fachkräftemangel. Was werden Sie gegen den Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit unternehmen? Wie werden Sie sich für mehr Studienplätze im Studium Sozialer Arbeit einsetzen?

Antwort:

Grundsätzlich liegt die Zuständigkeit für die Hochschulen bei den Ländern. Für CDU und CSU ist aber klar: Wer die Versorgung von morgen sichern will, muss heute genügend ausbilden. Daher sind für uns zukunftsfest aufgestellte Hochschulen sowie die Unterstützung von Forschung und Lehre ein Kernanliegen unserer Bildungspolitik. Die Soziale Arbeit hat als berufliches und wissenschaftliches Feld starke gesellschaftliche Bedeutung. Sie leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung komplexer, persönlicher Problemlagen, sie ist auch ein Baustein für die Fortentwicklung der Chancengleichheit und für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit in unserem Land. Als CDU und CSU wollen wir ein Augenmerk auf diese Studiengänge richten und die Länder bei Optimierungen unterstützen. Dualen Studiengängen kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Verknüpfung von akademischer und beruflicher Qualifizierung. Wir wollen diese im Bereich der Sozialwissenschaften ausbauen.

2. Zum Studium der Sozialen Arbeit gehört in vielen Bundesländern ein fünfmonatiges Pflichtpraktikum in Vollzeit, welches kaum vergütet wird. Wie bewerten Sie das unbezahlte Vollzeitpraktikum im Studium Sozialer Arbeit?

Antwort:

Damit Studierende Erfahrungen in der Praxis sammeln können, sehen viele Studiengänge Pflichtpraktika vor. Sofern diese Praktika im Rahmen der schul- oder hochschulrechtlichen Bestimmungen geleistet werden bzw. in einer Ausbildungsordnung verankert sind, sind sie in der Regel vom Mindestlohn befreit, da andernfalls zu befürchten steht, dass nicht für alle Studierende ausreichend Praktikumsplätze zur Verfügung gestellt werden.

3. Ein wichtiger Schritt stellt die Nichtanrechnung der Praktikumsvergütung auf das BAföG dar, damit durch geringfügige Vergütung und BAföG für Studierende wenigstens die Chance besteht, das Existenzminimum zu erreichen. Werden Sie sich für eine entsprechende Änderung des BAföG einsetzen?

Antwort:

Beim BAföG handelt es sich um eine subsidiäre Sozialleistung. Wer sie erhalten will, muss sich einer Einkommens- und Vermögensprüfung unterziehen. Gleichwohl wollen CDU und CSU eine Dynamisierung der BAföG-Sätze prüfen. Sie sollen künftig an die Preis- und Einkommensentwicklung gekoppelt werden, so dass die Unterstützung den Lebenswirklichkeiten der Studierenden entspricht.

4. Hochschulen werden im Vergleich zu Universitäten strukturell benachteiligt. Hochschullehrende fordern 12 Semesterwochenstunden + 1 Vollzeitstelle für eine*r wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in je Professur. Wie werden Sie sich für einen besseren Zugang zu DFG-Mitteln für Hochschulen einsetzen?

Antwort:

Die Kernaufgabe der DFG besteht in der wettbewerblichen Auswahl der besten Forschungsvorhaben von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an Hochschulen und Forschungsinstituten und in deren Finanzierung.

Die Forschungsförderung des Bundes bietet ein differenziertes, auf die verschiedenen Bedarfe und Zielgruppen ausgerichtetes Angebot zur Förderung der anwendungsorientierten Forschung. Förderprogramme wie „Forschung an Fachhochschulen“ oder die Bund-Länder-Initiativen „Innovative Hochschule“ sowie „Personalgewinnung und -entwicklung an Fachhochschulen“ greifen die Bedarfe der FH/HAW zielgerichtet auf. Transfer und Vernetzung werden darüber hinaus im Rahmen der Fachprogramme und Querschnittsmaßnahmen gefördert. Zu beachten sind ferner das entsprechende Budget im Rahmen des „Paktes für Forschung und Innovation“ und die Förderung der industriellen Gemeinschaftsforschung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, an der Hochschulen in hohem Maße beteiligt sind.

Eine weitere Stärkung der Forschung an FH/HAW wäre zudem über die Etablierung einer auskömmlichen Forschungsgrundfinanzierung für FH/HAW (z. B. dauerhafte Forschungsprofessuren und wissenschaftliches Personal für den Mittelbau, flexible Lösungen für Entfristung und Dauerübernahme von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern, professionelle Drittmittelverwaltung an FH) zu erreichen. Dies wäre jedoch zuvörderst Aufgabe der Länder und in deren Zuständigkeit zu realisieren.

5. Wie wollen Sie die Folgen der Krise gendgerecht und unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Frauen* (und anderen vulnerablen Gruppen) verteilen?

Antwort:

COVID-19 hat die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße getroffen: Frauen, Kinder, Jugendliche und ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und mit einem niedrigen sozioökonomischen Hintergrund waren besonders betroffen. In Zukunft werden CDU und CSU in ein noch belastbareres Gesundheitssystem investieren und systemrelevante Arbeitskräfte durch sichere Arbeitsbedingungen und eine bessere Ausrüstung unterstützen. Dazu gehören auch ein faires Entgelt und Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung sowie ein Zugang zu Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und psychischen Gesundheitsdiensten. CDU und CSU werden die Situation von Frauen in allen Politikfeldern in den Blick nehmen und dort nachsteuern, wo Rahmenbedingungen verbessert werden müssen.

6. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur gleichgestellten Anerkennung und Förderung von SAGE-Berufen umzusetzen? Wie werden Sie dazu beitragen, die gerechte Verteilung von Care-Arbeit zu fördern?

Antwort:

Spätestens in der Pandemie wurde die Systemrelevanz der SAGE-Berufe den Bürgerinnen und Bürgern vor Augen geführt. Neben fairen Gehältern und besseren Arbeitsbedingungen wollen wir dafür werben, dass mehr Männer einen SAGE-Beruf ergreifen.

7. Wie stehen Sie zur Umsetzung der Väter- und Co-Mütterfreistellung nach der Geburt, wie sie der Deutsche Frauenrat fordert? Welche Schritte wollen Sie hier einleiten?

Antwort:

Familien benötigen Zeit füreinander, Raum für ihre Entfaltung und finanzielle Unterstützung zu ihrer Absicherung. Wir stehen für Familienfreundlichkeit und wollen, dass sich möglichst viele Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden. CDU und CSU treten

daher dafür ein, das Elterngeld weiter zu stärken und gerade Väter zu ermutigen, stärker als bisher das Elterngeld zu nutzen. Wir wollen die Partnermonate beim Elterngeld um weitere zwei auf insgesamt 16 Monate ausweiten, wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen.

8. Das Psychotherapeutengesetz (PsychThG) grenzt in Therapie ausgebildete Fachkräfte der Sozialen Arbeit aus. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass das PsychThG die Ausübung für qualifizierte SozialArbeiter*innen als Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen wieder möglich wird?

Antwort:

Die Ausbildung zum Psychotherapeuten zielt darauf ab, psychotherapeutische Kompetenzen zu erwerben, die grundlegend zur Behandlung aller Altersstufen befähigen, sich aber noch nicht vertiefend auf ein psychotherapeutisches Verfahren konzentrieren. Vielmehr sollen sie die Breite der wissenschaftlich anerkannten psychotherapeutischen Verfahren – sowie gegebenenfalls auch weiterer, noch nicht wissenschaftlich anerkannter Verfahren – umfassen. Nur mit einem Studium, das verfahrensbreit angelegt ist, können die künftigen Berufsangehörigen eine sichere Entscheidung für eine spätere Vertiefung in der Weiterbildung treffen. Das gilt gleichermaßen für eine spätere Entscheidung in Richtung Erwachsenen- oder Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie.